

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002416/2025
an den Rat
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Özlem Demirel (The Left)

Betrifft: Übermittlung von Biometriedaten an die Regierung Trump

Die verstärkte Partnerschaft im Bereich des Grenzschutzes (Enhanced Border Security Partnership, EBSP) ist ein Sicherheitsabkommen, dessen Unterzeichnung die US-Regierung von den Staaten im Programm für visumfreies Reisen (Visa Waiver Program, VWP) verlangt. US-Behörden erhielten darüber direkten Zugriff auf polizeiliche Biometrie-Datenbanken wie Fingerabdrücke und Gesichtsbilder. Die Initiative stößt jedoch auf rechtliche und politische Bedenken, da sie dem gemeinsamen EU-Rechtsrahmen widerspricht. Kritiker warnen zudem vor einem Ungleichgewicht, weil unklar ist, ob der Datenaustausch auf Gegenseitigkeit beruht. Besonders unter der aktuellen US-Regierung könnte ein solches Abkommen missbräuchlich genutzt werden.

1. Was ist dem Rat darüber bekannt, ob die Regierung Trump wie die Vorgängerregierung von den VWP-Teilnahmestaaten die Unterzeichnung einer EBSP verlangt oder ob und in welcher Weise sie von den früheren Forderungen abweicht?
2. In welchen Formaten wurde die EBSP oder ein vergleichbares Programm zwischen der EU und der Regierung Trump bislang behandelt?
3. Mit welcher Absicht und mit welchem Ergebnis wurde das Thema auf der EU-US-Tagung der Justiz- und Innenminister Anfang Juni 2025 behandelt?

Eingang: 16.6.2025